

Bürgerinitiative ruft zum Kippen der Privilegierung der Windkraft auf

Bad Orb/Schlüchtern (oz/fs) – Der Dachverband „Gegenwind MKK/ Naturpark Spessart“ schließt sich der bundesweiten Aktion des Bündnisses „Energiewende für Mensch und Natur“ in Kooperation mit der Bundesinitiative Vernunftkraft an und unterstützt die bundesweite bedeutsame Petition gegen das privilegierte Bauverfahren von Windkraftanlagen.

Es bedarf dringend einer Reform der Energiewende, schreibt der Dachverband in einer Pressemitteilung. Der Dachverband „Gegenwind MKK/ Naturpark Spessart“ setze sich dafür ein, die derzeitige Rechtsprechung der „Privilegierung von Windkraftanlagen“ und damit eingeschlossen die unausgewogene Rechtsposition von „Privilegierten Personen“ wieder rückgängig zu machen. Alle Bürger seien aufgerufen, sich der Petition mit der Petitionsziffer 49690 an den Deutschen Bundestag anzuschließen:

„Der Deutsche Bundestag möge beschließen, den § 35 BauGB entsprechend zu ändern, dass die Privilegierten Bauvorhaben von Windenergieanlagen im Außenbereich, die heute ohne Einbeziehung der durch die Baumaßnahmen betroffenen Bürger möglich sind, abgeschafft werden. Die Gemeinderäte und speziell die Bürger von Deutschland erhalten dadurch wieder das Mandat, über "ihre Heimat" selbst bestimmen zu können. Es wird durch die Gesetzesänderung keine Rechtsvorteile für "Privilegierten Personen" mehr geben.“

Die Petition kann unter folgender Internet-Adresse unterzeichnet werden: https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2014/_02/_12/Petition_49690.nc.html . Sie ist auch über das Stichwort „Petitionen Deutscher Bundestag“ im Internet und anschließend mit dem Suchbegriff 49690 zu finden. Die Petition kann noch bis zum 3. April gezeichnet werden, Eile sei geboten, so der Dachverband. Zur Annahme der Petition müssen mindestens 50.000 Personen unterzeichnen.

Enoch zu Guttenberg Dirigent, Intendant und entschlossener Umweltschützer, Mitbegründer und ehemaliges Vorstandsmitglied des BUND solidarisiert sich ausdrücklich mit dieser Initiative. Zu Guttenberg ist zwischenzeitlich aus dem BUND ausgetreten. Begründet hat er dies mit der verantwortungslosen Förderung der katastrophalen Entwicklung von Landschafts-, Arten- und Denkmalschutz durch den BUND. Die Zerstörung ganzer Landschaftsschutzgebiete und Naturparks durch riesige Windkraft- aber auch Photovoltaikanlagen würden vom BUND nicht nur geduldet sondern aktiv unterstützt. Wie den Medien zu entnehmen ist, unterzeichnete auch der ehemalige Bundesminister Heiner Geisler die Petition.

Bei der jetzigen „Energiewende“ kommen Mensch und Natur eindeutig zu kurz, schreibt der Dachverband. Nicht der tatsächliche Bedarf oder die Energiegewinnung, sondern die Höhe der EEG-Vergütung und die „Privilegierung der Windkraft“ im Baugesetzbuch § 35 seien die Ursachen für die explosionsartige Verbreitung von Windkraftanlagen. Deshalb wird an Orten gebaut, wo der Betrieb nur unter Berücksichtigung der EEG (Erneuerbare Energien Gesetz)-Zulage wirtschaftlich möglich ist. Da die Förderung für Schwachwindgebiete höher ist als für die wirklich windstarken Gegenden, wird oftmals sogar gezielt dort gebaut, wo der Wind gar nicht genug weht. Die Bürger und die Gemeinden stehen in der Beweislast, nachzuweisen, warum keine Windindustrieanlagen aufgestellt werden sollten. „Würde das Gesetz derart geändert werden, dass wieder alle öffentlichen Belange gleichrangig wären, könnten Gemeinden demokratisch entscheiden, wie vor Ort der Windkraftausbau gehandhabt wird“, heißt es weiter. Dann würden endlich die Natur, die Landschaft und der Schutz des Menschen nicht mehr dem Windkraftausbau untergeordnet.

Die regionalen Planungsverbände und Kommunen wären nicht länger gezwungen, Flächen für Windkraft auszuweisen, um der Windkraft "substanziell Raum zur Verfügung zu stellen", selbst wenn es dafür gar keine wirklich geeigneten Flächen gibt, so der Dachverband Gegenwind.

Natur-, Wasser- und Artenschutz sowie andere Belange des Menschen- und Umweltschutzes würden im Genehmigungsverfahren, aber auch vor Gericht wieder viel mehr Bedeutung haben.

Mögliche Konsequenzen dieser Gesetzgebung werden hier am Beispiel des Gebietes des Dachverbandes „Gegenwind MKK / Naturpark Spessart“ skizziert, welches sich von Schlüchtern über Bad Orb, Biebergemünd bis zur Bayrischen Schanz erstreckt: Laut Entwurf des Regionalplan Südhessen Windkraft sind allein in diesem Gebiet um die 35 teils sehr große, teils kleinere „windhöfliche Gebiete“, sogenannte Vorranggebiete, ausgewiesen. Würden diese vom Regierungspräsidenten ausgewiesenen Flächen alle mit Windkraftanlagen bebaut werden, kämen in diesem begrenzten Gebiet weit über 100 Anlagen zusammen. Die Konsequenz ist, dass der nördliche Spessart zu einer Industrieregion umfunktioniert würde. Ruhe und Erholung in naturbelassener, lieblicher Landschaft existierten nicht mehr. Kur und Erholung in den Kurstädten, Tourismus und Naherholung gehen zugrunde. Die wirtschaftliche Basis vieler Menschen in der Region ebenfalls.

Nicht Energieeffizienz und Energiesparen durch Bürger und Unternehmen werden durch das heutige EEG gefördert, sondern der Ausbau von regenerativen Energiequellen (Wind, Sonne, Biomasse) wird subventioniert - Nachteile für die Wohnbevölkerung in unseren ländlichen Gebieten werden dabei bewusst in Kauf genommen.

Die Bürger müssten in immer höherem Maße dafür mehrfach bezahlen. Mehrfach, weil diese Energiequellen nicht zuverlässig jederzeit Strom liefern, sondern durch Kohle- und Gaskraftwerke bei Ausfall von Sonne und Wind ersetzt werden müssen. Das kostet noch einmal mehr Geld, das die privaten Haushalte für Energiekosten aufwenden müssen. In 2014 beträgt die EEG-Umlage 6,24 Cent pro Kilowattstunde. Bei einem Haushaltsverbrauch von 3000 Kilowattstunden/Jahr kommen so mit Mehrwertsteuer zirka 223 Euro zusammen.

Dem Dachverband „Gegenwind MKK / Naturpark Spessart“ gehören Bürgerinitiativen und Interessengemeinschaften aus Bad Orb, Bad Soden-Salmünster, Biebergemünd, Flörsbachtal, Linsengericht, Schlüchtern, Ramholz-Degenfeld, Sinntal und Lohr-Ruppertshütten/Fellen an (Stand März 2014).